

4476/AB XXIII. GP

Eingelangt am 25.07.2008

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

BM für Verkehr, Innovation und Technologie

Anfragebeantwortung

GZ. BMVIT-9.000/0029-I/PR3/2008

DVR:0000175

An die
Präsidentin des Nationalrates
Mag.^a Barbara Prammer

Parlament
1017 W i e n

Wien, am . Juli 2008

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 4458/J-NR/2008 betreffend Amtshaftungsverfahren in Österreich – Entschädigungen - Entwicklung, die die Abgeordneten Mag. Johann Maier und GenossInnen am 29. Mai 2008 an mich gerichtet haben, beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

Ich ersuche um Verständnis, dass eine Aufschlüsselung der eingebrachten Klagen, der ergangenen Urteile sowie der zugesprochenen Entschädigungssummen wegen des hohen administrativen Verwaltungsaufwandes – vor allem im Bereich des Straßenverkehrs - zum Teil nicht nach Gerichtssprengel erfolgt.

Frage 1:

Wie viele Klagen nach dem AHG die 2000, 2001, 2002, 2003, 2004, 2005, 2006 und 2007 bei österreichischen Gerichten eingebracht wurden betrafen ihr Ressort bzw. Organe des Ressorts (Aufschlüsselung der Klagen auf Jahre und Gerichtssprengel)?

Antwort:

In den Jahren 2000 bis 2007 wurden folgende Klagen eingebracht:

Bereiche Schiene//Luft/Wasser/Post/Telekom:

2001: 1 Korneuburg

2002: 1 Wien

2003: 1 Wels

2004: 1 Wien

2005: 1 Wels
 1 Innsbruck
 1 Salzburg
 2006: 1 Innsbruck
 1 Wien
 2007: 1 Wien

Bereich Straße:

2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
32	12	10	4	11	9	10	10

Frage 2:

Wie viele dieser Klagen nach dem AHG – die das Ressort betrafen – wurden in diesen Jahren gerichtlich durch Urteil entschieden (Aufschlüsselung der Entscheidungen auf Jahre und Gerichtssprengel)?

Antwort:

Folgende Klagen wurden nach dem AHG gerichtlich entschieden:

Bereiche Schiene//Luft/Wasser/Post/Telekom:

2001: 1
 2002: 1
 2003: 1
 2005: 1
 2006: 3
 2007: 1

Bereich Straße:

2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
19	4	4	4	9	9	6	2

Fragen 3 und 4:

In wie vielen dieser Entscheidungen wurde den Amtshaftungsansprüchen Geschädigter in diesen Jahren auch gerichtlich stattgegeben (Aufschlüsselung der Entscheidungen auf Jahre und Gerichtssprengel)?

Welche Entschädigungssummen wurden in diesen Jahren zugesprochen (Aufschlüsselung auf Fälle, Jahre und Gerichtssprengel)?

Antwort:

In den folgenden Fällen wurde den Amtshaftungsansprüchen Geschädigter gerichtlich - mit einer entsprechenden Entschädigungssumme - stattgegeben:

Bereiche Schiene//Luft/Wasser/Post/Telekom:

2002: 1 Wien € 195,--
 2003: 1 Linz € 5.269,92
 2005: 1 Wels € 22.198,94

2006: 1 Wien € 1.594.595,81
 2007: 1 Wien € 1.470.640,40

Bereich Straße:

2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
2	1	2	1	1	0	3	1
29.208,-	2.180,-	5.881,-	423,-	837,-	0	3.036,-	240,-

Frage 5:

In wie vielen Fällen wurden in diesen Jahren nach Entschädigungsleistungen gemäß § 3 AHG Regressforderungen gestellt?

Welche Beträge wurden jeweils geltend gemacht und einbringlich gemacht (Aufschlüsselung auf Fälle, Jahre sowie Rechtsträger)?

Antwort:

Im Zusammenhang mit den in den Vorfragen angeführten Fällen wurden keine Regressforderungen gestellt.

Frage 6:

Wie viele Amtshaftungsforderungen geschädigter Personen wurden in diesen Jahren nach einem Aufforderungsschreiben anerkannt und erledigt (Aufschlüsselung auf Fälle, Jahre und Gerichtssprengel)?

Antwort:

Es wurden im Ressortbereich folgende Amtshaftungsforderungen geschädigter Personen nach einem Aufforderungsschreiben anerkannt und erledigt:

2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
28	51	52	71	53	43	49	57

Frage 7:

Welche Entschädigungssummen wurden dabei vereinbart und ausbezahlt (Aufschlüsselung auf Fälle, Jahre und Gerichtssprengel)?

Antwort:

Folgende Entschädigungssummen wurden vereinbart und ausbezahlt:

2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
26.283,03	37.777,28	63.102,14	05.977,30	9.367,58	57.165,21	77.983,92	215.103,99

Frage 8:

In wie vielen Fällen wurden in diesen Jahren nach Entschädigungsleistung gemäß § 3 AHG Regressforderungen gestellt?

Welche Beträge wurden jeweils geltend gemacht und einbringlich gemacht (Aufschlüsselung auf Fälle, Jahre sowie Rechtsträger)?

Antwort:

Im Zusammenhang mit den in den Vorfragen angeführten Fällen wurde im Jahr 2007 in einem Fall eine Regressforderung von € 40.000,-- geltend und auch einbringlich gemacht.

Mit freundlichen Grüßen

Werner Faymann